

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 180 (2014)
Heft: 12

Artikel: Die Türkei und Europa : wachsende Gegnerschaft
Autor: Schilling, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-515539>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Türkei und Europa: Wachsende Gegnerschaft

Nach der Wahl des früheren Regierungschefs Recep Tayyip Erdogan zum Staatspräsidenten am 10. August 2014 müssen in der Debatte über die Aufnahme der Türkei in die EU neben den gesellschaftspolitischen auch die sicherheitspolitischen Aspekte neu erörtert werden. Die Türkei hat während der vergangenen zwölf Jahre einen tiefgreifenden Wandel durchgemacht; die politische Führung ist entschlossen, in diesem Prozess die nächsten Schritte zu gehen.

Walter Schilling

Bestimmten bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts der vom Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk erzwungene Säkularismus und das vom Militär gestützte kemalistische Establishment den Charakter des türkischen Staates, so gewann das streng islamisch geprägte und wirtschaftlich erfolgreiche anatolische Bürgertum in den vergangenen zwölf Jahren immer grösseren Einfluss. Seine Denkweisen und Interessen werden in bemerkenswerter Konsequenz von der «Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung» (AKP = Adalete Kalkinma Partisi) repräsentiert, die seit 2003 die türkische Regierung trägt.

Re-Islamisierung der Türkei

Ihren Führungskräften ist es nicht nur gelungen, Staat und Gesellschaft der Türkei auf der Grundlage des Islam weit-

gehend umzugestalten. Sie kämpfen auch mit allen Mitteln und oft in rigoroser Weise darum, die in der türkischen Gesellschaft immer noch vorhandenen säkularen Kräfte weiter zurückzudrängen.

Vor allem nach den Parlamentswahlen in der Türkei vom 12. Juni 2011, die der AKP mit 49,8% einen hohen Zuspruch gegeben und damit 326 der 550 Mandate verschafft haben, suchen Erdogan und seine Mitstreiter die Handlungsmöglichkeiten der säkularen Kräfte im Lande weiter einzuschränken und den islamischen Charakter der Türkei zu verstärken. Verwaltung, Polizei, Justiz, das Bildungssystem und der grösste Teil der Medien befinden sich längst unter der Kontrolle jener von Erdogan geführten Kräfte, die davon überzeugt sind, dass «der Islam ohne Fehler» ist und die politische Praxis be-

Die Türkei und Ihre Nachbarn.

Bild: Karte CSS-ETHZ



Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan.

Bild: egedebugun-gazetesi.com

stimmen soll. Und seit dem unerwarteten geschlossenen Rücktritt der säkular eingestellten türkischen Militärführung am 29. Juli 2011 fällt es Erdogan umso leichter, mit Hilfe der Personalpolitik die Streitkräfte zu einer AKP-Armee umzuformen, die sich gehorsam in den Prozess der Islamisierung des Landes einordnet.

In der Tat erscheint es bereits nach den zurückliegenden zwölf Regierungsjahren und den jüngsten Wahlergebnissen für die AKP gerechtfertigt, von einer Ära zu sprechen, die ein politisch markantes Regime, das «System Erdogan», hervorgebracht und ziemlich fest verankert hat. Der unbedingte Wille zur weiteren Islamisierung der türkischen Gesellschaft durchzog auch die Grundsatzrede Erdogans anlässlich seiner Wahl zum Vorsitzenden der AKP am 30. September 2012. Dabei legte der damalige türkische Regierungschef seine Zukunftsvision für das Land und die ganze Region in den kommenden 60 Jahren (!) dar. In der Gemeinschaft der islamischen Länder sieht Erdogan die Türkei keineswegs in einer «Brückenfunktion zwischen Ost und West», sondern als Machtzen-

trum, das die Entwicklung der islamischen Welt inspiriert und vorantreibt.

Entdemokratisierung

Wie wir an der charakteristischen Hinwendung der Türkei zum strengen Islam, der brutalen Niederschlagung der Demonstrationen säkularer Kräfte, der unerbittlichen Verfolgung kritischer Journalisten und Schriftsteller sowie der Verhaftung und Verurteilung unbotmässiger Justiz- und Polizeibeamter ablesen können, ist die Politik Erdogans mit einer zügigen Entdemokratisierung des Landes verbunden. Dieser Trend wird sich mit der beabsichtigten Entwicklung eines auf Recep Tayyip Erdogan zugeschnittenen autoritären Präsidialsystems noch verstärken und eine neue Phase in der Politik der Türkei einleiten. In welchem Geist sich der Prozess der Islamisierung der Türkei bisher vollzogen hat und künftig weiter vollziehen wird, demonstriert nicht nur der neue Staatspräsident Erdogan mit seinen Reden und politischen Entscheidungen. Die streng islamischen Vorzeichen der türkischen Politik sind auch an den Schriften und Handlungsweisen anderer hochrangiger türkischer Politiker, z. B. dem bisherigen Aussenminister und am 27. August 2014 zum Nachfolger Erdogans im Amt des Regierungschefs und AKP-Vorsitzenden bestimmten Ahmet Davutoglu abzulesen. Dabei betont man die Überlegenheit der islamischen Zivilisation im Vergleich zur westlichen Zivilisation, die sich nach Auffassung Erdogans und seiner Mitstreiter im Niedergang befindet. Vor diesem Hintergrund erscheint es nur folgerichtig, dass die politische Führungselite der Türkei einem streng islamisch geprägten Nationalismus das Wort redet, der schon seit einigen Jahren immer stärker die Aussen- und Sicherheitspolitik bestimmt.

Sicherheitspolitische Problematik

Die tiefe Verankerung der sicherheitspolitischen und strategischen Neuorientierung der Türkei ist seit Anfang 2010 immer wieder deutlich geworden. Der demonstrative Schulterchluss der Türkei mit dem despotischen Mullah-Regime im Iran und der islamistischen Terrororganisation Hamas im Gazastreifen hatte sich schon 2009 angebahnt. Die amtliche Unterstützung des Versuchs islamistischer Kräfte Ende Mai 2010, die israelische Seeblockade Gazas mit Hilfe eines Schiffskonvois zu durchbrechen, die Drohung

des damaligen türkischen Regierungschefs Erdogan im September 2011, eine erneute Aktion dieser Art durch den Einsatz der eigenen Kriegsmarine zu decken und die unmissverständliche Drohung gegenüber dem EU-Mitgliedsstaat Zypern, militärisch gegen dieses Land vorzugehen, wenn es im östlichen Mittelmeer Erdgasbohrungen vornehmen sollte, demonstrieren klar, wie sehr sich die Türkei einer aggressiven Politik gegenüber Israel und dessen Verbündete verschrieben hat. Mit diesem Verhalten setzt sich das NATO-Land Türkei nicht nur über das geltende Völkerrecht hinweg. Es gibt zudem seit Mitte des Jahres 2010 klare Hinweise darauf, dass die türkische Regierung dem Iran bei der Umgehung der von den westlichen Ländern verhängten Finanzsanktionen zur Seite steht.

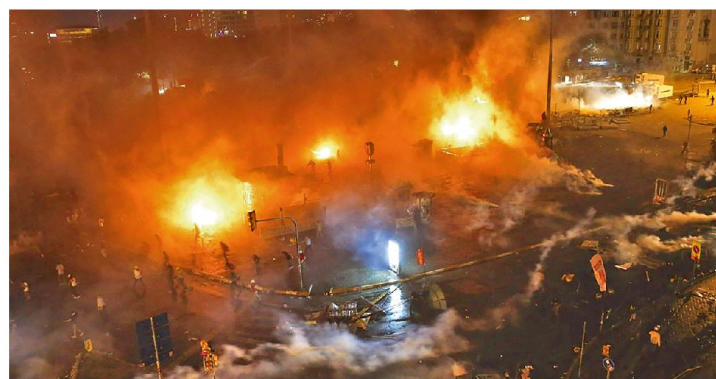
Die wiederholte öffentliche Bezeichnung Israels durch Erdogan, es betreibe «einen Genozid an den Palästinensern im Gaza» und die derzeitige Vorbereitung eines weiteren Versuchs, mit einem Schiffskonvoi die Seeblockade Gazas zu durchbrechen, belegen einmal mehr, welche krassen sicherheitspolitischen Gegensätze zur Haltung der übrigen NATO-Staa-



Der neue Ministerpräsident und frühere Aussenminister Ahmed Davutoglu.

Bild: todayonline

ten, aber auch gegenüber der Europäischen Union bestehen. Dabei ist bemerkenswert, dass Erdogan den Völkermord der Türkei an den Armeniern im Jahre 1915 strikt leugnet und alle Landsleute verfolgen lässt, die für eine Anerkennung dieser historischen Tatsache plädieren. Vor



Die Polizei räumt am 12. Juni 2013 den Taksim-Platz in Istanbul.

Bild: Kurier.at

allem mit der Unterstützung des despotischen Mullah-Regimes im Iran und der bewussten Eskalation des Konflikts mit Israel offenbart sich das NATO-Mitglied Türkei regelmässig als ein Staat, der auf der Grundlage einer nationalen, dem westlichen Bündnis und der Europäischen Union widersprechenden sicherheitspolitischen und strategischen Doktrin für islamistische Regime und Terrorgruppen Partei ergreift und sich gegen die freiheitlichen Demokratien des Westens stellt. Mit diesen prekären Vorgehensweisen ist die sicherheitspolitische Problematik des islamisch geprägten Nationalismus der Türkei jedoch nicht hinreichend beschrieben. Mit Blick auf die am 3. Oktober 2005 – unter völlig anderen Voraussetzungen – begonnenen Verhandlungen über eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union rücken nunmehr noch gravierendere sicherheitspolitische Probleme in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Gefährdet: Identität und Handlungsfähigkeit Europas

Angesichts der fortschreitenden Islamisierung, der damit in der Regel verbundenen Entdemokratisierung und der aus dem Nationalismus entwickelten Ansprüche der Führungselite der Türkei kann eine Aufnahme dieses zu 97 % ausserhalb Europas liegenden Landes in die EU nicht in Frage kommen. Die machtbewusste politische Führung der Türkei hat nicht nur ein völlig anderes Verständnis von Demokratie. Sie vertritt auch grundsätzlich andere Werte, Denkmuster, Traditionen und Lebensformen, die tiefgreifende Auswirkungen für das Zusammenleben der Menschen mit sich bringen. Während in Europa im Rahmen einer Jahrhundertlangen Auseinandersetzung weitgehend säkularisierte Gesellschaften

 Crafted in Switzerland

PC-21

 **PILATUS** 

SMARTE LÖSUNGEN – SWISS MADE

Eine neue Generation von Militärpiloten braucht eine neue Generation von Flugzeugen. Angesichts immer knapper werdender finanzieller Mittel bieten die Flugzeuge von Pilatus eine kostengünstige und hocheffiziente Plattform für unterschiedliche Missionen. Bewährt im weltweiten Einsatz, bei über 30 verschiedenen Luftwaffen.

Pilatus Flugzeugwerke AG · Schweiz · Tel. +41 41 619 61 11 · www.pilatus-aircraft.com



entstehen konnten, sind die derzeit in der Türkei Regierenden davon überzeugt, dass «der Islam die Einheit von Staat und Religion gebietet». Schon die daraus sich ergebenden und von der politischen Führung offensiv vertretenen Ansprüche hätten in einer um die Türkei erweiteren EU zweifellos systemsprenkende Kraft. Sie sind mit den Grundsätzen der Verfassungen und den vitalen Interessen der bisherigen EU-Länder nicht in Einklang zu bringen. Hier geht es um mehr als die Beachtung der Menschenrechte, der Meinungs- und Pressefreiheit oder die Rolle des Militärs. Hier stehen vielmehr das im Laufe von 60 Jahren in Europa Erreichte und die historisch gewachsenen identitätsbildenden Fundamente auf dem Spiel, die den spezifischen Charakter und den inneren Zusammenhalt der EU verbürgen. So bleibt es von entscheidender Bedeutung, dass die derzeit



Mustafa Kemal Atatürk (1881–1938), Vater der säkularisierten Türkei. Bild: Archiv

28 Mitgliedsstaaten umfassende EU für ihren Zusammenhalt – ungeachtet nationaler Besonderheiten und kulturellen Vielfalt – nicht nur eine grundlegende Übereinstimmung in Werten, Rechten, Pflichten und politischem Bewusstsein für die Ziele der Gemeinschaft braucht. Diese gemeinsamen Werte müssen auch gelebt und von den Menschen mitgetragen werden.

Fazit

Mit einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU würden nicht nur der innere Frieden und die so wichtige Identität Europas zerbrechen. Die EU verlore auch ihre – ohnehin schon schwer herzustellen – sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit. Die Mitgliedschaft der Türkei würde die Gewichte innerhalb Europas entscheidend verschieben, die Unterstützung Israels im Ringen um seine blosse Existenz als jüdischer Staat kaum

noch erlauben und die nur unter grossen Mühen erreichbare Gemeinsamkeit in der Aussen- und Sicherheitspolitik dieses «Staatenverbundes sui generis» zu einer Utopie werden lassen. Erdogans sichtbares Einvernehmen mit dem nach Nuklearwaffen strebenden und die Existenz Israels in Frage stellenden despotischen Mullah-Regime im Iran, seine offene Unterstützung der islamistischen Terrororganisation Hamas sowie seine enge Zusammenarbeit mit den islamistischen Regimen in Katar und im Sudan weisen längst auf diese Gefahren hin. Angesichts der fortschreitenden Islamisierung der Türkei und der damit verbundenen Folgen für die innere Kohärenz und die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit des europäischen Staatenverbundes ist ein Abbruch der Verhandlungen über die Aufnahme dieses Landes in die Europäische Union überfällig. ■



Oberst i GSt aD
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
E-29679 Benahavis



- Einmaliges Netzwerk
- Ort der Begegnung, des Gesprächs und der Bildung
- Denkplatz für Konferenzen, Seminare und Tagungen

Als Förderer geniessen Sie viele Vorteile

www.lilienberg.ch



Lilienberg Unternehmerforum, Blauortstrasse 10, 8272 Ermatingen
Telefon +41 71 663 23 23, Fax +41 71 663 23 24, E-Mail: info@lilienberg.ch, www.lilienberg.ch